

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9036/39
Telefax: 8 95 845 ppbr d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Gernot Elerer MdB zur
Entwicklung in Alba-
nien: Explosion der
Ungeduld.

Seite 1

Dr. Herta Däubler-
Gmelin MdB und Hans-
Joachim Hacker MdB
zur Einbringung der
Großen Anfrage
"Rehabilitierung der
Opfer des SED-Un-
rechtsstaates": Ein we-
sentliches Element zur
demokratischen Er-
neuerung.

Seite 3

Renate Schmidt MdB
zur Notwendigkeit, den
Einigungsvertrag zu
erfüllen: Kindergarten-
plätze in neuen Bun-
desländern sichern.

Seite 4

Horst Niggemeier MdB
zu Saddam Husseins
Erklärung über Radio
Bagdad: Viele offene
Fragen.

Seite 5

Manfred Reimann MdB
zur Bonner Reaktion
auf Fragen nach dem
Wohnberechtigungs-
schein: An korrekter
Antwort
vorbeigemogelt.

Seite 6

46. Jahrgang / 40

27. Februar 1991

Explosion der Ungeduld

Zur Entwicklung in Albanien

Von Gernot Elerer MdB

Seit einigen Monaten ist Albanien nicht mehr "die vergessene Insel des Stalinismus auf dem Balkan", als die das Land gelegentlich beschrieben wurde. Die Nachfolger des 1985 gestorbenen Enver Hodscha wollten lange Zeit nichts wissen von Reformen und Perestrojka. Das blutige Ende Ceausescus löste Anfang 1990 einen Sinneswandel aus. Seitdem bemühte sich der 65jährige Präsident und Parteichef Ramiz Alla um die Aureole eines "Michail Gorbatschow des Balkan" und machte das Wort "Shnderrim" (albanisch für Perestrojka) populär. Albanien erwachte - und zwar gründlich.

Innerhalb eines Jahres lockerte das Regime die Fesseln und ließ per Dekret Freiheiten zu, die den Skiptetaren seit 45 Jahren unbekannt waren. Die Bevölkerung, mehr als drei Millionen verteilt auf 28.700 km², verhält sich aus Mangel an Vertrauen nicht anders, als sie es in den anfänglichen Reformzeiten bei den osteuropäischen Nachbarn tat: man haut ab, wenn man kann. Dies versuchten im Juli 1990 die "Botschaftsflüchtlinge" ebenso wie die griechisch-orthodoxe Minderheit in Südalbanien, die seit Dezember 1990 über die durchlässig gewordene Grenze nach Griechenland drängt (bis Februar hatten 16.000 Albaner "Nordepirus", wie Griechenland diese Region nennt) verlassen, sie werden inzwischen bereits teilweise wieder zurückgeschickt. Am 9. Februar 1991 kam es in der Hafenstadt Durres zu gewalttätigen Unruhen, als 20.000 Menschen auf gerüchtweise aufgetauchte italienische Fährschiffe dringen wollten und diese enttäuschender Weise gar nicht da waren.

Die Ungeduld derer, die lieber unter Entbehrungen ins Exil streben, als im Lande bessere Zeiten abzuwarten, ist nicht so leicht zu erklären. Denn was in letzter Zeit die Opposition dem Regime abtrotzen konnte, muß als sensationell bezeichnet werden:

- Der größte Teil der politischen Gefangenen wurde freigelassen (im Januar 1991 sollen noch 120 "Politische" gesessen haben);
- Die kommunistische "Partei der Arbeit Albanien" (PAA) gab ihre Monopolstellung auf, neue Parteien wurden zugelassen und entfalteten nach dem 8.1.91 sogleich eine rege Tätigkeit - neben der "Demokratischen Partei Albanien" (nach eigenen Angaben bereits 60.000 Mitglieder) auch die "Republikanische Partei", die "Albanische Bauernpartei" und das "Forum zur Verteidigung der Menschenrechte und Grundfreiheiten";

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vermindertem Umfang
zur Verfügung
Recycling-Papier



- Neue Zeitungen wie "Klindja Demokratike" ("Demokratische Wiedergeburt") als Organ der "Demokratischen Partei" und "Republika" (das Blatt der "Republikanischen Partei") sorgen für Meinungspluralismus und ergänzen die viel empfangenen Fernsehsendungen aus Italien, Jugoslawien und Griechenland;
- Die Religionsausübung, seit 1967 verboten und seit 1976 von der Verfassung illegalisiert, ist wieder gestattet;
- Am 19. Februar dieses Jahres wurde erstmals eine Gewerkschaft zugelassen;
- Auf Drängen der Opposition verschob Ramiz Alia den für den 10. Februar vorgesehenen Wahltermin auf den 31. März, damit genug Zeit zur Vorbereitung dieser ersten freien Wahlen seit 46 Jahren bleibt;
- Die außenpolitische Isolierung Albaniens, das bereits 1948 mit Jugoslawien, 1967 mit der Sowjetunion und 1978 mit China brach und sich gegen alle westlichen Einflüsse abzuschotten versuchte, endete mit der Anbahnung diplomatischer Kontakte zu China, Frankreich und den Vereinigten Staaten zu Beginn dieses Jahres.

Dieser im Zeitraffer vollzogene Wandel, der so sehr den Veränderungen ähnelt, die den osteuropäischen Reformprozeß allgemein kennzeichnen, hat Unruhe in das Land gebracht, die sich gegenwärtig aufschaukelt. Wo die alten Autoritäten fielen, neue Leitplanken des öffentlichen Lebens aber noch fehlen, entsteht - wir kennen dies aus der gegenwärtigen Sowjetunion - "Destabilisierung". Die Versorgungssituation verschlechtert sich vor allem auch deswegen, weil "niemand mehr arbeitet", wie Beobachter feststellen. Die Sicherheitskräfte der Armee, der Polizei und des Geheimdienstes "Sigurimi" verlieren mit ihrem Schrecken auch die Fähigkeit, Zornesausbrüche der Leute zu verhindern. Erst waren es die Stalin-Denkmäler, die purzelten. Trotz Androhung von drakonischen Strafen vergriffen sich die Demonstranten dann am 20. Februar an Hodscha-Denkmalen in Tirana und fünf anderen Städten. Schließlich mußte sich der Mächtigen-Gorbatschow Alia skandierte Kritik anhören.

Er beklagte als Antwort den "Holliganismus" und machte "finstere Mächte" und "Volksfeinde" für die Übergriffe verantwortlich. Rasch umgab er sich mit einem achtköpfigen Präsidenschaftsrat, bestellte eine neue Regierung, schaffte es aber nicht, die Oppositionskräfte miteinzubeziehen. Auch das längst überfällige Zugeständnis, die Enver-Hodscha-Universität der Hauptstadt umbenennen zu dürfen, trocknete nicht den Campus als Quelle immer neuer Massendemonstrationen aus. Ab dem 21. Februar rollen nun Panzer gegen die Ungeduld der Menschen, die nicht bis zum Ostersonntag warten wollen, um die PAA mit dem Stimmzettel von der Macht zu trennen. Blut fließt.

Die gefährlichen Probleme des Balkan nicht länger ignorieren!

Wir erleben auf dem Balkan eine Situation höllischer Gefährlichkeit. Als sei der Frieden allein von dem irakischen Diktator Saddam Hussein bedroht, starrt die ganze Welt auf die Rußwolken am persischen Golf. Vor unserer Haustür aber lodern Flammen auf, für deren Löschung derzeit niemand ein Konzept hat.

- In Rumänien kann jederzeit ein Aufstand gegen die Nutznießer der Pseudorevolution gegen Ceausescu losgehen.
- Der Unmut der hungernden und frierenden Bulgaren über die Handlungsunfähigkeit ihrer Regierung und ihres Parlaments wächst von Woche zu Woche.
- Jugoslawien zuckt in Agonie, die Auflösung des Bundes ist beschlossene Sache trotz aller damit verbundenen Gefährdungen.
- Und Ungarn, selbst sozialer Verwerfungen ausgesetzt, glänzt nicht gerade mit Verantwortungsgefühl, wenn man an die Waffenlieferungen an Kroatien denkt.

"Nach einem ersten bewaffneten Schritt könnte niemand mehr die Geschehnisse kontrollieren", urteilt jüngst der 36jährige Chef der "Demokratischen Partei Albaniens" Gramoz Pashko. Eine unkontrollierte

Situation könnte Albaniens Nachbarn aber an historische, unbefriedigte Begehrlichkeiten erinnern, die bis zur Wiege des Skipetarenstaates im Jahre 1912/13 zurückreichen.

Am liebsten hätten sich schon damals Montenegro, Serbien und Griechenland den Kuchen geteilt. Und umgekehrt wird erst jetzt der erwachenden politischen Szene Albaniens bewußt, daß nur ein Drittel ihres Volkes im eigenen Land lebt, wohl aber ein weiteres Drittel in Jugoslawien. Ein rückständiges, isoliert-kommunistisches Albanien war für die Kosovo-Albaner trotz aller serbischen Nackenschläge kein Thema. Mit welchen Augen wird man aber einen aufstrebenden demokratischen Staat sehen, wenn die jugoslawische Heimat ohnehin zerbröckelt?

Schon jetzt steht fest: Auch in Albanien schafft die Atemlosigkeit und Unduldsamkeit des Wandels erst einmal Unsicherheit, die sich im Wechselspiel mit dem kranken Nachbarn Jugoslawien gefährlich steigern kann. Vielleicht wäre es nicht das Dürmste, die Vorgänge wenigstens einmal zur Kenntnis zu nehmen.

(-/27. Februar 1991/rs/ff)

Ein wesentliches Element zur demokratischen Erneuerung
Zur Einbringung der Großen Anfrage 'Rehabilitierung der Opfer des SED-Unrechtsstaates'

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB und
Stellvertretende SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende
Hans-Joachim Hacker MdB

Stellvertretender Sprecher der Arbeitsgruppe Rechtsausschuß der SPD-Bundestagsfraktion

40 Jahre lang haben willfährige Funktionäre und Mitarbeiter des SED-Regimes Bürgerinnen und Bürger bedroht, bespitzelt, verhaftet, gedemütigt, ausgebürgert und so an der Ausübung ihrer verfassungsmäßig garantierten Grund- und Menschenrechte gehindert.

Eine der Hauptaufgaben der ersten demokratisch gewählten Volkskammer der ehemaligen DDR war es deshalb, den Opfern dieser Willkürherrschaft die Rehabilitierung zu ermöglichen, um so das ihnen angetane Unrecht und seine Auswirkungen, soweit möglich, zu beseitigen.

"Die Rehabilitierung ist ein wesentliches Element der Politik zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft, des Staates und des Rechts". So steht's im Rehabilitierungsgesetz. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Die Opfer des Stalinismus drohen erneut ins Abseits zu geraten:

- Die Justiz in den neuen Ländern ist nicht arbeitsfähig; es fehlen unbelastete Richter und Staatsanwälte. Tausende von Rehabilitierungsanträgen lagern unerledigt bei den Gerichten und Behörden, zum Beispiel mehr als 6.200 Anträge allein in Sachsen-Anhalt.
- In die Haushalte von Bund und Ländern sind die zur Entschädigung notwendigen Mittel nicht eingestellt; die neuen Länder verweisen auf den Bund, der Bund verneint seine Zuständigkeit - ein unwürdiger Streit, der auf dem Rücken der Opfer ausgetragen wird.
- Niemand weiß, wer über die Entschädigungsansprüche zu entscheiden hat, die Gerichte, die Verwaltung oder die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge - eine der vielen ungeklärten Verfahrensfragen.

Für die betroffenen bedeutet das: Papierkrieg, das Gefühl, hingehalten zu werden, abwarten. Dies ist bitter, insbesondere für die, die nach mehrjährigem Aufenthalt im Gefängnis gesundheitlich gezeichnet, jetzt Anspruch auf die besondere soziale Fürsorge des demokratischen Staates hätten, stattdessen jedoch, in Heime abgeschoben, die notwendige ärztliche und soziale Betreuung schmerzhaft vermissen.

Schlimm ist auch: Diejenigen, die das SED-Regime grundlos entlassen, ausgebürgert oder sonst beruflich benachteiligt und schikaniert hat, weil sie zum Beispiel

- einen Ausreiseantrag gestellt,
- die Jugendweihe verweigert,
- gegen den Einmarsch in die CSSR demonstriert oder
- sich in Ihrer Kirche oder für die Umwelt engagiert

haben, gehen leer aus; ihnen ist nach dem Einigungsvertrag eine Rehabilitation verwehrt. Das ist willkürlich. Hier muß schleunigst nachgebessert werden.

In den Beratungen des Einigungsvertrages haben der Ausschuß Deutsche Einheit und der Rechtsausschuß die Regelungen des Rehabilitierungsgesetzes kritisiert und eine Überprüfung angeregt. Gleichwohl ist die Bundesregierung bis heute untätig geblieben. Dies ist ein schweres Versäumnis, das um so unverständlicher ist, als die Bundesregierung dem Ausgleich für enteignete Unternehmen und Grundstücke hohe Aufmerksamkeit widmet und dabei - eifrig und ohne Auftrag eines Ausschusses - die Interessen der Geschädigten mehr als notwendig zu wahren versucht.

Für uns Sozialdemokraten ist klar: Mit der gleichen Intensität, wie wir uns im Interesse des wirtschaftlichen Aufschwungs in den neuen Ländern den Fragen der ungeklärten Vermögens- und Eigentumsverhältnisse widmen, müssen wir uns den Opfern des Stalinismus zuwenden. Schäden an Leib, Leben und Gesundheit sind mit der gleichen Kraftanstrengung auszugleichen wie Eingriffe in das Vermögen. Nur so ist ein demokratischer Neuanfang ohne Brüche möglich. Auf der Grundlage einer umfassenden Bestandsaufnahme muß jetzt der gesamtdeutsche Gesetzgeber entscheiden, welches Unrecht beseitigt und ausgeglichen werden soll. Diese Bestandsaufnahme voranzutreiben, ist Ziel der Großen Anfrage.

(-/27. Februar 1991/rs/fr)

Kindergartenplätze in neuen Bundesländern sichern Zur Notwendigkeit, den Einigungsvertrag zu erfüllen.

Von Renate Schmidt MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Jetzt ist Vertragstreue gefragt: Der Einigungsvertrag sieht im Artikel 31/Ziff. 3 vor, daß die Kinderbetreuungseinrichtungen (Kinderkrippen, Kindergärten und Kinderhorte) mit Hilfe des Bundes in den fünf neuen Bundesländern bis zum Juni 1991 gesichert werden sollen. Zwischenzeitlich zeigt sich, daß das Gegenteil der Fall ist, die negative Spirale, die auch in den elf Ländern der Bundesrepublik den Frauen zu schaffen gemacht hat, beginnt sich auch in den fünf neuen Bundesländern zu drehen: Weil sie keinen Arbeitsplatz haben, verlieren Frauen den Kindergartenplatz; weil dann kein Kindergartenplatz vorhanden ist, können Frauen Beschäftigungsmöglichkeiten nicht wahrnehmen.

Dieser Teufelskreis sollte durch den Einigungsvertrag durchbrochen werden. Der Fehler lag von Anfang an in dem unregelmäßigen Verfahren. Dies wurde von mir von Anfang an in den Ausschüssen für Deutsche Einheit und im Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit nominiert.

Ich forderte deshalb jetzt endlich - drei Monate vor Ablauf der Frist und bevor Kindergärtnerinnen entlassen und Kinderbetreuungseinrichtungen geschlossen werden - ein geregeltes Verfahren. Es muß in Erfüllung des Einigungsvertrags gezielt dafür gesorgt werden, daß Kinderbetreuungseinrichtungen nicht über Globalzuweisungen an die Länder, sondern gezielt anhand von Bund und Ländern gemeinsam aufgestellten Kriterien gefördert werden.

Wer angeblich den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz in der Bundesrepublik will, muß an erster Stelle dafür sorgen, daß vorhandene Plätze erhalten bleiben. Daran wird sich die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung messen lassen müssen.

(-/27. Februar 1991/rs/fr)

Viele offene Fragen
Zu Saddam Husseins Erklärung über Radio Bagdad

Von Horst Niggemeler MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Es kann nicht überraschen, wenn in Washington, London und Paris eine genaue Analyse der Hussein-Rede vorgenommen wird. In dieser Rede gibt es nämlich mehr offene Fragen als schlüssige Antworten. Hussein ist auch am Rande der für ihn militärisch katastrophalen Lage in seiner zwielichtigen Rolle verblieben. Nicht nur, daß er die militärische Niederlage seiner im besetzten Kuwait stationierten Truppen vor aller Welt als 'Rückzug aus Kuwait' deklariert ('Die Soldaten des Glaubens haben über die Soldaten des bösen triumphiert'), sondern Hussein hat auch erneut seinen Rechtsanspruch auf Kuwait in Erinnerung gebracht: 'Wir Iraker werden uns daran erinnern und nicht vergessen, daß Kuwait am 8. August 1990 rechtmäßig, verfassungsmäßig und wirklich ein Teil des Iraks wurde.'

Daß die UNO-Resolution 662 vom 9. August 1990 demgegenüber erklärt, daß die 'vorgenommene Annexion Kuwaits durch Irak keine rechtliche Gültigkeit besitzt und als null und nichtig gilt', wird von Saddam Hussein erst gar nicht erwähnt; wie er ohnehin kein Wort über die UNO im Sinne von Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft verliert, sondern lediglich die an der Durchsetzung der insgesamt 12 UNO-Resolutionen beteiligten Staaten als 'eine widerliche Koalition aus 30 Staaten' abqualifiziert, die 'den Krieg gegen uns offiziell unter der Führung der USA vom Zaun gebrochen haben'.

Nach den bitteren und bösen Erfahrungen, die internationale Völkergemeinschaft mit Saddam Hussein gemacht hat, kann es auch nicht überraschen, daß den arabischen Staaten Syrien und Ägypten die 'Rückzugs'-Rede nicht ausreicht. Daß auch und besonders in Israel bei Regierung und Opposition keine Neigung besteht, unter den derzeitigen Bedingungen die Einstellungen der Kampfhandlungen für richtig zu halten ist nach den 36 Scud-Raketen, die Hussein auf das nicht am Golfkrieg beteiligte Israel abfeuern ließ, durchaus verständlich.

Die UNO-Resolution 678 vom 29. November 1990, mit der vom Sicherheitsrat die Mitgliedsstaaten, 'die mit der Regierung Kuwaits kooperieren', ermächtigt wurden, 'alle erforderlichen Mittel einzusetzen', um die unverzügliche unbedingungslose Räumung Kuwaits (Resolution 660 vom 2. August 1990) zu erreichen und 'allen dazu später verabschiedeten Resolutionen Geltung zu verschaffen und sie durchzuführen' hört an dieser Stelle nicht auf. Es heißt dann im Text der Entschließung weiter, daß die so von der UNO beauftragten Mitgliedsstaaten auch die Aufgabe haben, 'den Weltfrieden und die internationale Sicherheit in dem Gebiet wiederherzustellen'.

Wenn also die UNO-Resolution 678 in ihrem Inhalt nicht in unzulässiger Weise allein auf den Abzug der irakischen Truppen aus Kuwait verkürzt werden soll, stellt sich die insbesondere für Israel wichtige Frage, auf welche Weise und mit welchen Mitteln die am Golfkrieg beteiligten alliierten Staaten 'Weltfrieden und die internationale Sicherheit in dem Gebiet' wiederherstellen können.

Saddam Husseins Radioansprache ist bislang nur eine garantelose Worthölse und dürfte allein eine mehr als brüchige Grundlage sein, um eine friedliche Entwicklung im Nahen Osten einzuleiten. Es stellen sich die Fragen nach den Scud-Raketenstellungen im Westirak, nach den im Iran deponierten Kampfflugzeugen, nach der Haftung der durch den Irak verursachten Verluste und Schäden (UNO-Resolution 647 vom 29. Oktober 1990), nach dem Öko-Terror und nicht zuletzt nach der Verantwortung für die völker- und menschenrechtswidrigen Greuelthaten in Kuwait.

Ob durch eine unkonditionierte Einstellung der Kampfhandlungen Antworten auf diese Fragen erreichbar sind, wird in vielen Regierungen der Allianz sehr bezweifelt. Man muß sich diesen Zweifeln zwar nicht anschließen, aber es empfiehlt sich in Erinnerung zu behalten, daß Saddam Hussein in seiner Rede zum Schluß an sein Volk appellierte, daß "die Kampfbereitschaft in höchstem Maße fortbestehen muß". Der irakische Diktator ist offenkundig noch nicht an jenem Punkt angelangt, der ihn auf den Weg zur Friedensfähigkeit bringen könnte. Ob er je dahin gelangen wird, muß nach allen Erfahrungen bezweifelt werden.

(-/27. Februar 1991/rs/fr)

An korrekter Antwort vorbeigemogelt
Zur Bonner Reaktion auf Fragen nach dem Wohnberechtigungsschein

Von Manfred Reimann MdB
Mitglied des Bundestage-Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Auf die von mir gestellte Frage, ob die Regierung die seit 1980 konstanten Einkommensgrenzen für den Wohnberechtigungsschein erhöhen wird, hat diese ausweichend geantwortet.

Eine Anpassung der Einkommensgrenzen für den Wohnberechtigungsschein halte ich für dringend erforderlich. Denn während die Lebenshaltungskosten ständig steigen, erfolgte die letzte Anpassung noch unter der sozialliberalen Koalition 1980. Um diesem Mißstand abzuwehren, hatte ich bei der Regierung angefragt, ob und gegebenenfalls wann diese die Bemessungsgrenzen anzupassen plant. Tatsache ist nämlich, daß in Ludwigshafen wie auch in anderen Kommunen immer mehr Bürgerinnen und Bürger aus der Gruppe der Anspruchsberechtigten auf eine preiswerte öffentliche Wohnung herausfallen, obwohl sie nur über ein geringes Einkommen verfügen.

Die Antwort der Regierung vor den anwesenden Abgeordneten war beschämend, da sie an der Frage völlig vorbeiging. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesbauminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau Echemnach begnügte sich mit einem bloßen Verweis auf die Koalitionsvereinbarungen. Über diese Vereinbarungen hinausgehende Aussagen seien derzeit nicht möglich, worauf er den vermeintlich entsprechenden Passus zitierte:

"Um ungerechtfertigte Ausschlußwirkungen bei der Eigentumsförderung zu verhindern ist im Laufe der Legislaturperiode eine Anhebung der Einkommensgrenzen in Verbindung mit einer flexibleren Förderung notwendig."

Für diese völlig an der Frage vorbeigehende Antwort gibt es zwei mögliche Erklärungen.

Entweder geht man von einem flüchtigen Zerkennnisnahme durch den Minister bzw. seiner MitarbeiterInnen aus. Dann kann man der Regierung nur empfehlen, sich die Fragen besser durchzulesen, denn die Frage galt nicht der Eigentumsförderung, sondern der Einkommensgrenze für den Wohnberechtigungsschein, dem Papier, aufgrund dessen die Bürgerinnen und Bürger eine öffentliche geförderte Wohnung überhaupt erst mieten dürfen.

Für diese Personengruppe ist es aufgrund ihres geringen Einkommens nicht tröstlich, daß die Einkommensgrenzen für die Eigentumsförderung erhöht werden, da den Betroffenen zum Bauen in der Regel das Geld fehlt.

Oder aber: die Regierung hat sich bewußt an einer korrekten Antwort vorbeigemogelt, um ihre Interessenpolitik für Höherverdienende zu kaschieren. Denn während die einen mit Steuergeschenken bei Laune gehalten werden, wird für die anderen noch nicht einmal eine überholte Einkommensgrenze angepaßt.

(-/27. Februar 1991/rs/fr)
